67. Jahrgang Nr. 258

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 5. Juni 1919

Vor der Antwort auf die deutschen Vorschläge

Am Dienstag nach Pfingsten.

Uebergabe der Ententeantwort. — „Geringfügige Milderungen."

Versailles, 5. Juni. (Privat.)

Die Zeitungen teilen übereinstimmend mit, daß die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge am Dienstag nach Pfingsten übergeben werden soll. Lloyd George bleibt während der Feiertage in Paris, um an den Beratungen teilzunehmen. Die Aenderungen, die von den Engländern gewünscht werden, können nach den Andeutungen, die ziemlich gleichlautend in allen Blättern zu finden sind, vielleicht in einigen Fragen zweiten Grades zugestanden werden. Die großen Linien der Friedensbedingungen aber sollen unverrückbar bleiben. Es scheint einige Aussicht zu sein, daß hinsichtlich Oberschlesiens eine geringfügige Milderung des Vertrages zu erwarten ist, doch weist „Echo de Paris" darauf hin, daß jede Einschränkung im Osten eine weitere Sicherung im Westen zur Folge haben müsse. Eine Aenderung der Bestimmungen über das Saargebiet sei nicht beabsichtigt, und die Gründung eines starken Polens verlange das Interesse Frankreichs. Die übrigen Aenderungen würden die finanziellen Bestimmungen betreffen und wahrscheinlich in der Festsetzung einer bestimmten Schuldsumme für Deutschland bestehen. Nach diesen Mitteilungen darf angenommen werden, daß es so kommen wird, wie hier vorausgesagt wurde, nur einige Tage später. Beschränken sich die Verbesserungen des Entwurfs auf so geringfügige Zugeständnisse, so bleibt der Vertrag für die Delegation unannehmbar, und die Regierung muß entscheiden.

Eine Note Lloyd Georges in Sicht.

Versailles, 4. Juni.

Die Stockungen in den Beratungen des Viererrats scheinen anzudauern. „Intransigeant" weist, wie schon viele Morgenblätter, eine große Zensurlücke auf. Nur die Ueberschrift „Lloyd George bereitet eine Note vor" und einige Zeilen von der Meldung sind stehen geblieben, aus welcher hervorgeht, daß Bonar Law im Flugzeug aus England nach Paris gekommen ist, und daß **Lloyd George eine amtliche Note vorbereitet,** die den Standpunkt Englands bekanntgeben und morgen abend oder Freitag veröffentlicht werden soll. Englische Kreise stellen nachdrücklich in Abrede, daß Lloyd George wegen seiner Antwort schon irgend einen Entschluß gefaßt habe. „Intransigeant" will bestätigen können, daß noch nichts entschieden sei. Ferner glaubt das Blatt, daß die Antwort der Alliierten vor Sonntag überreicht werde, aber man sei dessen noch nicht sicher.

Rotterdam, 4. Juni.

Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle": Heute stehen wir am Scheidewege. Die Alliierten haben Berlin gewarnt, sie würden an ihren Friedensbedingungen keine grundsätzlichen Aenderungen vornehmen. Sollen diese Worte enger oder weiter ausgelegt werden? Mehr als ein Diplomat hat Punkte angedeutet, in denen man den Deutschen entgegenkommen könnte und sollte, ohne daß die Hauptgrundsätze des Vertrages auch nur einigermaßen abgeschwächt werden. Jeder wichtige Teil der Bedingungen ist jedoch so verwickelt und empfindlich, daß sogar die wohlmeinenden Delegierten zögern, Schritte zur Aenderung dieser Bedingungen zu tun. So hat z. B. **Lloyd George lange nachdrücklich dafür gekämpft, daß Danzig internationaler Freihafen werde,** um die Abtrennung von preußischen Bevölkerungsteilen bei der Regelung, die Polen einen Zugang zur Ostsee gibt, zu verhindern. **Die oberschlesische Frage ist kein geeigneter Boden für Zugeständnisse, es sei denn, daß die Deutschen ihre bisher aufrechterhaltenen Ansprüche auf den Besitz dieses Gebietes fallen ließen** und sich auf die wirtschaftlichen Bedingungen beschränkten. Wahrscheinlich wird an dem Vertrage nichts geändert werden, was eine Milderung der Auffassung bedeutete, über die man sich in allen Kreisen der Alliierten einig ist, nämlich, daß der Krieg eine Missetat war, für die das deutsche Volk die moralische und, soweit möglich, auch die materielle Verantwortung zu tragen hat. Wenn sie auch von Deutschland ritterlich anerkannt wird, dann **kann die Anwendung gemildert werden,** jedoch nicht in einem Maße, das dazu führt, daß die Deutschen weniger leiden, als die Opfer ihres Angriffes.

Der Viererrat einig?

Versailles, 4. Juni.

Wie „Echo de Paris" mitteilt, ist der Viererrat durchaus einig über den Sinn der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge, welche, fern von jeder Schwäche, sich durch Festigkeit auszeichnen werde; ihr Wortlaut werde in der morgigen Sitzung festgestellt werden. Man erwartet, daß sie den deutschen Delegierten Ende der Woche zugestellt werden kann.

Ausweisung hessischer Landtagsabgeordneter aus dem besetzten Gebiet. Wie die „Frankfurter Zeitung" hört, ist dem hessischen Landtagsabgeordneten Reiber von der französischen Behörde befohlen worden, das besetzte Gebiet sofort zu verlassen. Das gleiche Schicksal traf eine große Anzahl von Schullehrern, die sich an dem Streik am letzten Montag beteiligt hatten.

Gefährdung der Friedensverhandlungen.

Graf Rantzaus Protest an Clemenceau.

Berlin, 5. Juni.

Die nachstehende Note betreffend die Loslösung der Rheinlande und der Pfalz wurde unter der Beifügung der Note, die Reichsminister Erzberger an den General Nudant gerichtet hatte, dem Präsidenten Clemenceau überreicht:

Herr Präsident! Die deutsche Delegation hat in den letzten Tagen sowohl durch die Presse als durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon erhalten, daß in den Rheinlanden und der Pfalz Bestrebungen im Gange sind, zu dem Zweck, diese Gebiete vo Deutschland loszulösen und zur selbständigen Republik zu machen. Die Bestrebungen werden von den militärischen Behörden der Okkupationsmächte nicht nur geduldet, sondern sogar offen unterstützt. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen diese Anstifter einschreiten und sie nach den bestehenden deutschen Gesetzen wegen Hochverrats zur Verantwortung ziehen, werden von den Besatzungsbehörden ihrerseits verfolgt und mit Ausweisung bedroht. Einzelheiten, die wegen der Absperrung der rheinischen Gebiete vom übrigen Deutschland nicht mit Genauigkeit nachgeprüft werden können, sind in der hier abschriftlich beigefügten Note des Reichsministers Erzberger an den General Nudant vom 2. d. Mts. enthalten.

Die deutsche Delegation macht die alliierten und assoziierten Regierungen darauf aufmerksam, daß **die Duldung und Beförderung von Bestrebungen,** die zur Ablösung der westlichen Gebiete vom Reiche führen sollen, **in hohem Maße geeignet ist die Verhandlungen über die Herstellen des Friedens und die Durchführung seiner Bedingungen zu stören.** Ein solches Verhalten der Okkupationsbehörden würde überdies in schroffem Widerspruch zu der Bestimmung des Artikels römisch fünf Abs. 2 des Waffenstillstandsabkommens stehen, die offenbar davon ausgeht, daß die Zuständigkeit der bisherigen Verwaltungsbehörden dieser Gebiete unangetastet bleibt, und daß die militärische Besetzung durch die Gegner die Zugehörigkeit der Gebiete zum Reich in keiner Weise berührt.

Dazu kommt, daß Deutschland die Lasten, **die es im Friedensvertrag** auf sich nehmen will, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Unterlagen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangetastet bleiben. Es bedarf keiner Ausführung **daß die Abtrennung von Gebieten mit so großer Bevölkerungszahl und so hoch entwickelter Industrie wie die der Rheinlande die Grundlagen des deutschen Friedensangebots erschüttern müssen.** Wenn also die Behörden der Okkupationsmächte, die den Abfall der Rheinlande befördern, der Meinung sind, daß sie dadurch den Interessen der alliierten und assoziierten Regierungen dienen, so vergessen sie, daß sie zwar vielleicht den tatsächlichen Machtbereich dieser Regierung für den Augenblick vergrößern, zugleich aber die rechtlichen Sicherheiten verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen haften sollen.

Hiernach richtet die deutsche Friedensdelegatioi an die alliierten und assoziierten Regierungen **das ausdrückliche Ersuchen,** die im Vorstehenden gekennzeichneten Vorgänge alsbald aufzuklären und dafür Sorge tragen zu wollen, daß die **militärischen Behörden der Okkupationsmächte im Rheingebiet unverzüglich und mit allem Ernste auf das gefährliche ihres mißleiteten politischen Eifers hingewiesen** und abgehalten werden, einerseits den deutschen Behörden bei der pflichtgemäßen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Brockdorff-Rantzau.

Die „Regierung" der rheinischen Republik.

Das Kabinett Dorten. — Unter dem Schutze der Franzosen.

Frankfurt a. M., 5. Juni.

Nach seinem Leibblatt, der „Rheinischen Volkszeitung", hat Dr. Dorten nunmehr eine Regierung gebildet. Diese sieht so aus: Dr. Dorten Vorsitz, Eckermann Justiz, Dr. Klingenschmitt Kunst und Wissenschaft, Klaus Krämer Schulwesen, Adolf Krämer Volkswohlfahrt, Dr. Liebing Finanz, Mönikes Inneres, Salm Landwirtschaft und Volksernährung. Die Dortensche Regierung stellt sich ihrem Volke vorsichtigerweise bisher nur in den sicheren Spalten des Zentrumsblattes mit einer Kundgebung vor.

Wiesbaden, 5. Juni.

Gestern fand in Mainz zwischen den Generalen Mangin und Robertson in der Angelegenheit der Errichtung der Republik eine Konferenz statt, an der auch der Vertreter des abgegangenen Wiesbadener Regierungspräsidenten Oberregierungsrat Springorum teilnahm. Man sieht dem Ergebnis natürlich mit ganz besonderem Interesse entgegen. Der neue Präsident Dorten hält sich nicht in seiner Residenz auf, da ihm Wiesbaden wegen der Drohungen der Arbeiter zu unsicher geworden ist. Er wohnt in Biebrich. Bei seinen Ausfahrten **begleiten ihn zwei französische Offiziere zu seinem Schutze.**

Die Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen sind soeben zu dem Preise von 1,00 M. im Verlag von Reimar Hobbing in Berlin erschienen. Das Buch enthält den vollständigen amtlichen Text, der bisher der Oeffentlichkeit nicht bekannt gegeben war.

An die Demokraten in Ost und West.

Aufruf der deutsch-demokratischen Fraktion.

Berlin, 5. Juni. (W. T. B.)

Die Deutsche demokratische Fraktion der deutschen Nationalversammlung hat gestern den einstimmigen Beschluß gefaßt, sich an ihre Freunde in den bedrohten Gebieten im Osten und Westen mit folgenden Aufrufen zu wenden:

Die Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei der Nationalversammlung senden euch, unseren Freunden und Gesinnungsgenossen im bedrohten **Osten** unseres Vaterlandes, in dieser Schicksalsstunde treudeutschen Gruß und die Versicherung, daß wir mit unserem Herzen bei euch sind, und daß euch unsere einmütige Sorge und Arbeit gilt.

Hunderttausende von Deutschen sind in höchster Gefahr, mit einem Teile des Posener Landes, obwohl dieses dank ihrer Arbeit und ihrer Tüchtigkeit wirtschaftlich und kulturell einen überwiegend deutschen Charakter aufweist, unter polnische Herrschaft zu kommen.

Wir sind uns der hohen nationalen Pflichten voll bewußt, die uns für euren Schutz und die Erhaltung eures Deutschtums in der Zukunft erwachsen, wenn dieses Unheil unabwendbar sein sollte.

In Ost- und Westpreußen, in Posen und Oberschlesien sind weitere Millionen von Deutschen durch die Begehrlichkeit unserer Feinde bedroht.

Unsere Freunde sollen wissen, **daß wir unseren ganzen Einfluß aufbieten, damit Regierung und Nationalversammlung die berechtigten Wünsche und Interessen dieser Gebiete mit allem Nachdruck wahrnehmen** und namentlich auch alles tun, um sie vor dem unmittelbar drohenden Zugriff der Feinde zu schützen.

*

Die Deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung sendet den Freunden und Gesinnungsgenossen im besetzten Gebiet der **Westmark** brüderlichen deutschen Gruß.

Wir wissen, daß die Demokraten am Rhein sich durch Einflüsterungen der Gegner, verräterische Vorspiegelungen landfremder Elemente und durch eigensüchtige, irreführende Gedankengänge nicht von der Treue zu unserem gemeinsamen Vaterlande abdrängen lassen. Wir kennen ihre Standhaftigkeit, Entschlossenheit, Vaterlandsliebe und Besonnenheit. Diese demokratischen Tugenden werden auch in dieser schwersten Stunde unseres Volkes den Rheinländern den richtigen Weg weisen.

Unsere ernste Sorge und unser fester Wille war und ist es, unseren Brüdern vom Rhein und insbesondere von der Saar zu ihrem **Rechte zu verhelfen.** Die Nationalversammlung wird alles tun, um die berechtigten Wünsche und Interessen der einzelnen Teile, Schichten und Gruppen des deutschen Volkes durchzusetzen. Das gilt von euren wirtschaftlichen Wünschen, **es gilt aber namentlich von den Friedensbedingungen.** Die Nationalversammlung hat vor Gegenwart und Zukunft die Pflicht, das Deutsche Reich vor dem Zerfall zu schützen. Rheinländer, helft dazu! Ihr dient damit euch und euren Kindern.

Auf die Rheinländer sind die **Blicke** der ganzen Welt gerichtet. Die Rheinländer werden vor dem Urteil der Mitwelt und der Geschichte bestehen.

Für den Vorstand:
Payer.

Zunehmendes Streikfieber in Frankreich.

Beginnende Einigungsverhandlungen.

Versailles, 4. Juni.

Die Ausstandsbewegung in Frankreich hat, wie die Blätter mitteilen, **gestern noch an Umfang zugenommen.** In den Vororten von Paris allein feiern 250 000 Arbeiter. Die Omnibus- und Straßenbahnangestellten, die gestern die Arbeit niedergelegt hatten, haben gestern abend in stark besuchten Versammlungen beschlossen, mit den Metallarbeitern und den Untergrundbahnern gemeinsame Sache zu machen und gleichfalls den Allgemeinausstand für das ganze Pariser Gebiet auszurufen. Untergrundbahner und Metallarbeiter haben gestern nachmittag in einer Massenversammlung im Bois de Boulogne einstimmig beschlossen, nicht zu arbeiten, bis ihre Forderungen bewilligt seien. Laut „Matin" werden die Elektrizitätsarbeiter und Eisenbahner des Pariser Gebiets zu dem großen Ausstand Stellung nehmen und sich möglicherweise der Bewegung anschließen.

Laut „Humanité" stellt sich die Regierung in den Dienst der Sache der Arbeitgeber; so wären verschiedene Arbeiter einer Metallfabrik in Neuilly benachrichtigt worden, **man werde sie einziehen und in Kolonialregimenter stecken, falls sie die Arbeit nicht wieder aufnähmen.** In der Metallbranche scheinen Unterhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bevorzustehen: heute vormittag werden beider Vertreter im Arbeitsministerium zusammentreten. Die Arbeitgeber scheinen auf die Forderungen der Metallarbeiter eingehen zu wollen.

Allgemeiner europäischer Streik von zwei Tagen.

Versailles, 5. Juni.

Laut „Bon Soir" werden die Führer der englischen, italienischen und französischen sozialistischen Partei, die bereits kürzlich in Mailand zusammengekommen sind, in etwa acht Tagen in Paris wieder zusammentreten, um den Arbeitergewerkschaften der drei Länder einen allgemeinen europäischen Ausstand von ein oder zwei Tagen vorzuschlagen. Die sogenannten Führer beabsichtigen, durch diese Riesenkundgebung **die Kraft der Arbeiterklasse und den Willen der Arbeiterschaft,** sich